

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DEN
GEGENENTWURF ZUR PREISÜBERWACHUNG

Postfach 4027, 3001 Bern, Tel. 031 / 22 88 54, PC Bern 30-5503

An die Medien

Bern, 22. November 1982

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor sich haben Sie den letzten Pressedienst unseres Aktionskomitees. Er enthält nochmals zwei Beiträge sowie den Abstimmungsaufruf, in welchem wir kurz unsere Haltung darlegen.

Gerne benützen wir die Gelegenheit, um Ihnen für Ihr Engagement bei der Information des Stimmbürgers über diese Abstimmungsvorlage zu danken.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
FÜR DEN GEGENENTWURF ZUR PREISÜBERWACHUNG

NR Dr. F. Auer NR Dr. K. Basler SR G. Genoud

Beilagen erw.

Bürokratie nein, Gegenentwurf jaZur Preisüberwachungsabstimmung

(-on.) - Einen zusätzlichen Beamtenapparat aufbauen, Papierkrieg, zusätzliche Kosten, und das alles nur, um in eher seltenen, speziellen wirtschaftlichen Situationen die Preise für die Konsumenten annehmbar zu halten? Ein bisschen viel Aufwand, wenn man bedenkt, dass mit einer kurzfristig einsetzbaren Preisüberwachung, mit ein paar Beamten und ohne nennenswerte zusätzliche Kosten ein besserer Effekt erzielt wird.

Initiative administrativ nicht bewältigbar

Die von der Preisüberwachungs-Initiative geforderte Preisüberwachung müsste einen gewaltigen administrativen Aufwand und grosse Kosten verursachen, weil Unternehmen, die entweder Kartellen angehören oder marktmächtig sind, nicht nur erfasst, sondern ständig neu auf ihre Stellung hin überprüft werden müssten.

Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung, der mit der Initiative am 28. November zur Abstimmung gelangt, will keine teure und überflüssige Preisüberwachung, wenn der Markt selber durch Konkurrenz preisregulierend wirkt, sondern nur in Zeiten starker Teuerung, also dann, wenn eine Preisüberwachung auch nötig ist. Dafür würden - im Gegensatz zur Initiative - alle Preise überwacht. Es liegt auf der Hand, dass eine schnelle, unbürokratische Preisüberwachung weniger administrativen und finanziellen Aufwand verursacht und dann nichts kostet, wenn sie nicht nötig ist. Dies kann man vom Vorschlag der Initianten nicht sagen.

Gegenentwurf als glaubwürdige Alternative

Eine ständige Preisüberwachung, wie sie die Initianten wollen, führt zur Gewöhnung und damit zur Abstumpfung. Heute haben wir als Konsumenten die Möglichkeit, zu teure Artikel in den Regalen der Geschäfte stehen zu lassen. Diese Möglichkeit sollten wir uns nicht nehmen lassen. Unsere durch den Wettbewerb bestimmten

Marktverhältnisse, die uns einen hohen Lebensstandard und im Schnitt die tiefste Teuerungsrate gewährleistet haben, rechtfertigen die Dauerinstitution der Preisüberwachung nicht, da sie systemwidrig ist. Hingegen kann eine Preisüberwachung, wie sie von Bundesrat und Bundesversammlung im Gegenentwurf präsentiert wird, ihre Funktion in Notsituationen erfüllen.

22.11.82

Vorbeugen ist besser als NotrechtZur Abstimmung über die Preisüberwachungs-Initiative

(PS) - Die Schweiz hat die niedrigste Teuerung aller Länder. Denn bei uns redet der Staat weniger als anderswo in die freie Preisbildung hinein. Das tat er bisher nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, indem er insgesamt dreimal neben anderen Massnahmen flankierend eine Preisüberwachung anordnete. Diese Notmassnahmen wurden ohne Verfassungsgrundlage via Notrecht beschlossen. Der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Preisüberwachungs-Initiative sieht vor, die bewährte liberale Praxis der Preisbildung beizubehalten. Er gibt den Behröden aber für Notzeiten eine verfassungsmässige Grundlage für die Einführung der Preisüberwachung. Notrecht wird künftig unnötig.

Gefährliche Initiative

Anders die Initiative. Sie verlangt eine ständige Preiskontrolle, was nicht nur eine Abkehr vom erfolgreichen schweizerischen Kurs darstellt, sondern in mancher Hinsicht geradezu gefährlich ist: Der Blick ins Ausland, etwa auf Frankreich, zeigt klar: Dort, wo ständige Preisüberwacher werkeln, steigen die Preise am stärksten. Der Grund für diese Erscheinung liegt auf der Hand: Wer einmal einen höheren Preis gegen die Preisüberwachungs-Bürokratie mühsam durchgekämpft hat, wird diesen Vorteil nicht buchstäblich "preisgeben", wenn seine Gestehungskosten sinken. Man denke an die Preisschwankungen beim Erdöl und Benzin. Nirgends auf der Welt schwanken diese Preise stärker als bei uns. Im Ausland gibt's demgegenüber häufig einen Preisanstieg, aber praktisch nie eine Preissenkung. Keine Bürokratie ist in der Lage, die Entscheide im Bereich Oel/Benzin innert der vom Weltmarkt gebotenen, kurzen Fristen zu fällen. Was im Ausland nicht klappt, sollten wir nicht nachahmen.

Auch kein doppeltes Nein

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, das beste wäre am 28. November ein doppeltes Nein zu Initiative und Gegenvorschlag.

Diese Haltung nehmen jene Kreise ein, die sogar bei der Ueberhitzung der Konjunktur keine Staatseingriffe dulden wollten. Nun weiss aber jeder Schweizer, dass es in der Wirtschaft Perioden gibt, da der Staat eingreifen muss, um Not abzuwehren. Wenn in solchen Perioden - wie in den letzten 20 Jahren zweimal - das Geld künstlich verknappt wird, so erscheint es nur logisch, dass der Staat auch überwacht, was an der Preisfront geschieht. Ein doppeltes Nein führt uns am 28. November nicht weiter. Geben wir dem Staat das Instrumentarium für solche extremen Fälle. Beugen wir vor. Durch Annahme des Gegenentwurfs von Bundesrat und Bundesversammlung.

Preisüberwachung: Nein zur Initiative, Ja zum Gegenentwurf

Beim Urnengang vom 28. November hat sich der Stimmberechtigte darüber schlüssig zu werden, ob er eine ständige Preisüberwachung will, wie dies die Initiative "zur Verhinderung missbräuchlicher Preise" fordert, oder ob er dem Gegenentwurf beipflichten kann, wie ihm das Bundesrat und Bundesversammlung empfehlen, der eine befristete Preisüberwachung in Zeiten extremer Teuerung beinhaltet, oder ob er von einer Preisüberwachung nichts wissen will.

Die Abstimmung fällt in eine Zeit, da der Inflationbekämpfung grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, Priorität jedoch der Sicherung der Arbeitsplätze einzuräumen ist. Zudem ist zu bedenken, dass die gegenwärtige Teuerung eine sogenannte "importierte" ist, da sie von den in die Schweiz eingeführten Produkte herrührt. Eine Preisüberwachung könnte also keine Verminderung der Teuerung bewirken. Wie überhaupt eine Preisüberwachung alleine keinen Erfolg garantiert; ein solcher Schritt wäre einzubetten in ein Massnahmenbündel vorab notenbank- und fiskalpolitischer Natur.

Daraus folgert, dass eine ständige Preisüberwachung, wie sie mit der Initiative angeregt wird, kaum Aussicht auf Erfolg hätte. Sie ist zudem ein Fremdkörper in unserem marktwirtschaftlichen System, das uns einen Wohlstand beschert hat, um den wir benieden werden. Dank dem Wettbewerb, der in unserem Lande spielt, können die Konsumenten von Tiefstpreisen profitieren. Ein Blick auf ausländische Erfahrungen zeigt, dass Länder mit lange dauernden preispolitischen Eingriffen nicht zu jenen gehören, die sich durch tiefe Inflationsrate auszeichnen. Müssen wir Schweizer also den gleichen Fehler begehen?

Anders der Gegenentwurf. Er soll dann zum Tragen kommen, wenn die übrigen Massnahmen zur Inflationbekämpfung nicht mehr ausreichen. Eine solche Preisüberwachung wäre jedoch zeitlich zu befristen und bei Normalisierung der Preisentwicklung wieder aufzuheben.

Der vom Bundesrat den eidgenössischen Räten unterbreitete Gegenentwurf basiert auf den Erfahrungen mit den Preisüberwachungsbeschlüssen zwischen 1973 und 1978 und den Preisüberwachern Leo Schürmann und Leon Schlumpf. Diese unterstützen denn auch den Gegenentwurf.

Der Gegenentwurf mit der Möglichkeit einer zeitlich befristeten, in ein Gesamtkonzept konjunkturpolitischer Massnahmen eingebetteten Preisüberwachung verfolgt realistische Ziele und weckt nicht falsche Erwartungen wie die Initiative. Er verdient deshalb im Gegensatz zur Initiative, die abzulehnen ist, Zustimmung.
Also: Initiative Nein, Gegenentwurf Ja.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DEN
GEGENENTWURF ZUR PREISÜBERWACHUNG

NR Ulrich Ammann (FDP, BE), NR Dr. Felix Auer (FDP, BL),
NR Dr. Konrad Basler (SVP, ZH), NR Gian-Franco Cotti (CVP, TI),
NR Gertrude Girard-Montet (FDP, VD), NR Albert Rüttimann
(CVP, AG), SR Guy Genoud (CVP, VS), SR Franco Matossi (SVP, TG)